notize

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Feldkirch, P.b.b. GZ 02Z033923 M

Bildungsreform - Zankapfel der Parteien

Auch LehrerInne brauchen Streicheleinheiten

Guter Rat ist teuer - Kollegen als Ratgeber

Verländern oder verbundeln?

Liebe LeserInnen,

mit dieser Ausgabe werden nun auch alle Junglehrer-Innen im Ländle die Schulnotizen erhalten. Auf Reaktionen würden wir uns freuen.

Apropos JunglehrerInnen: Für sie wurde bereits letztes Schuljahr die begleitete Berufseinstiegsphase "WALK" (Wege zur allgemeinen LehrerInnenkompetenz) angeboten. Dieses Programm (verschiedene Module und Mentoringsystem) soll den jungen Lehrkräften in der mitunter schwierigen Anfangszeit helfen. Zuerst wurde die Teilnahme an WALK de facto zur Pflichtveranstaltung erklärt. Nachdem die Schulabteilung die Bezirksschuldirektoren darauf aufmerksam gemacht hatte, dass eine Verpflichtung nicht möglich sei, wurde dies korrigiert. Im laufenden Schuljahr ist die Teilnahme nicht verpflichtend vorgesehen.

Zu WALK erhielten wir ganz verschiedene Reaktionen: Einige JunglehrerInnen waren mit dem Angebot nicht sehr zufrieden, andere lobten die bisherigen Veranstaltungen. Um ein umfassendes Meinungsbild über Walk zu erhalten, bitten wir euch, liebe JunglehrerInnen, uns dazu eure Meinung zu schreiben.

In den letzten Jahren stellten wir fest, dass die Schulnotizen auch von der Schulbehörde und vom Dienstgeber gelesen werden. Das freut uns natürlich. Es liegt in der Natur der Sache, dass die beiden nicht immer mit unseren Artikeln einverstanden sind. Unseren Lesern sei aber versichert: Wie in der Vergangenheit auch, werden sich die Schulnotizen weiterhin kein Blatt vor den Mund nehmen und Fehlentwicklungen aufzeigen, aber auch Verbesserungsvorschläge machen. Die zahlreichen positiven Reaktionen sind uns immer wieder ein Ansporn.



Die Personalvertreter von FSG, Unabhängige, SLV sowie VLI und die Redaktion der Schulnotizen wünschen allen Vorarlberger LehrerInnen schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins Jahr 2011.

Die Redaktion

- 3 Nadelstiche
- 4 Kampf gegen Windmühlen
- 6 Kollegiale Beratung
- 8 Einkommen und Schulbesuch
- 9 Hacklerregelung
- 10 Lehrer Lämpel
- 11 Facebook
- 12 Comenius-Projekt Teil 2
- 14 Mitarbeitermotivation
- 16 Aus der Gerwerkschaft
- 18 "Verländerung"
- 19 Bildungsvolksbegehren

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg, Vorsitzender Willi Schneider,

Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Willi Schneider, Walter Moosbrugger, Markus Kirchberger, Martin Türtscher, Gotthilf Lämpel

Layout: Franz Bickel
Druck und Herstellung:
Wenin Druckerei, Dornbirn

Die Schulnotizen sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com Homepage: www.freielehrer.at Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Familienbetrieb

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Österreichs Bildungspolitik ist festgefahren, die ÖVP sagt im Bereich Schule zu allen notwendigen Änderungen Njet. Ganz offen wird da parteipolitisch agiert und dabei in Kauf genommen, dass die Zukunft unserer Kinder auf dem Altar der Selbstdarstellung geopfert wird

Gemeinsam mit der schwarzen Lehrergewerkschaft machen sich die ÖVP-Landeshauptleute regelrecht den Jux, die Unterrichtsministerin einfach verhungern zu lassen. Claudia Schmied erhält eine schallende Ohrfeige nach der anderen, wird zugedeckt mit den politischen Spielchen von Onkel und Neffe Pröll, ist damit in der Defensive und hat kaum noch Zeit, sich den wirklich notwendigen Reformen zu widmen.

JUGEND WIRD UM
ZUKUNFTSCHANCEN "GEPRÖLLT"

Josef Pröll, zerrissen zwischen seiner Funktion als ÖVP Obmann und jener als Finanzminister (als Finanzminister müsste er aus Spargründen für eine Zentralisierung des Unterrichtswesen sein), hat bislang nur hinter den Kulissen Öl ins Feuer gegossen. Jetzt ruft er gemeinsam mit seinem Onkel zum Halali gegen Claudia Schmied, wendet sich von der gemeinsamen Regierungsposition ab und macht sich damit verantwortlich, wenn Österreichs Schulsystem noch weiter zurückfällt. Damit die Gemeinsame Schule nicht Realität wird, scheinen alle Mittel recht zu sein.

Aber auch in anderen Bereichen (Gesundheitspolitik) bremsen die Länder. Weshalb Finanzminister Pröll ein Drittel der Bankenabgabe den Ländern ohne Gegenleistung abtritt, ist unverständlich. Die Länder werden gehätschelt, obwohl sie auch an der Verhinderung

Onkel und Neffe Pröll sind keine Helden von morgen. einer notwendigen Verwaltungsreform beteiligt sind. Eine Entmachtung der Länder in einem kleinen Land wie Österreich ist sinnvoll und überfällig.

Doch langsam dämmert es der Bevölkerung, die ÖVP jedenfalls leidet unter einem akuten Wählerschwund. Und treffend postete die APS/FSG auf Facebook: "Nein, diese beiden Prölls sind wahrlich keine Helden von morgen. Rausvoten bitte!"

Soviel Häme für die ÖVP seitens der Zeitungskommentatoren hat es schon lange nicht mehr gegeben. Und Elternvereine an mittleren und höheren Schulen, Experten, Industrie und Wirtschaftskammer fordern schon längst, dass alle Lehrer in den Schoß des Bundes übergehen sollen. Selbst der katholische Elternverband stellt sich in dieser Frage gegen die ÖVP.

Und die SPÖ-Landeshauptleute? Außer Gabi Burgstaller, die ganz klar der Verländerung eine Absage erteilt hat, scheinen die anderen roten Landesfürsten mit Kompromissen herumeiern zu wollen.

ARBEITSÜBERLASTUNG

Die Sorgen der LehrerInnen sind dagegen ganz anderer Natur. Immer mehr PädagogInnen stöhnen unter den Überstunden, dem vermehrten Arbeitsaufwand im Rahmen der Neuen Mittelschule, den gehäuften Konferenzterminen und Fortbildungen. Vermehrte Burnouts werden nur noch eine Frage der Zeit sein. Der zunehmende Arbeitsaufwand wird durch die zahlreichen Überstunden noch verschärft. Einige KollegInnen sehen in Überstunden zwar eine willkommene Gehaltsaufbesserung. Doch viele LehrerInnen erhalten mehr Überstunden als ihnen lieb sind, das Limit der Leistungsfähigkeit ist dann schnell erreicht.

Die Personalvertretung wird jedenfalls den Dienstgeber immer wieder mit dieser Problematik konfrontieren, damit endlich Nägel mit Köpfen gemacht

Vermehrte Burnouts sind nur noch eine Frage der Zeit.

werden. Um den LehrerInnenmangel in den Griff zu bekommen gibt es von der Personalvertretung klare Forderungen: Anwerben von LehrerInnen in Bundesländern, die noch einen Überschuss haben, Einstellung von Akademikern mittels Sonderverträgen und berufsbegleitende Ausbildung an der PH. Dazu muss die Pädagogische Hochschule endlich diese Ausbildung anbieten.

Und nicht zu vergessen, wir benötigen dringend ein neues Dienst- und Besoldungsrecht mit höheren Anfangsgehältern, damit sich auch die jungen Maturanten für den Lehrerberuf entscheiden.

schulnotizen 4/2010 3

Kampf gegen Windmühlen

BM Schmied will die Schule verändern – Erfolg ungewiss

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Nachdem die Unterrichtsministerin an jenem denkwürdigen Aschermittwoch mit der Forderung nach zusätzlich zwei Stunden ins politische Fettnäpfchen getreten war und damit die LehrerInnen gegen sich aufbrachte, bemüht sie sich nun konsequent, die österreichische Schule zu verbessern. Dabei hat sie die Häme der ÖVP zu ertragen, zudem fehlte es in der Vergangenheit auch an der klaren öffentlichen Unterstützung durch ihren Parteigenossen und Bundeskanzler Werner Faymann.

nwieweit sie allerdings all ihre Wünsche durchsetzen kann, steht in den Sternen der ÖVP. Da nützt es auch nichts, wenn Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) in vielen wichtigen Schulfragen auf der Seite Schmieds steht.

Ihren Frust ließ die Ministerin in letzter Zeit merkbar an Finanzminister Pröll aus, der sie nicht nur bei den zusätzlichen zwei Stunden im Regen stehen ließ, sondern jetzt auch gemeinsame Sache mit den ÖVP-Landesfürsten macht. Den nächste Angriff auf Schmied hat Erwin Pröll noch vor Veröffentlichung der PISA-Studie bereits anklingen lassen: Die schlechten Ergebnisse sollen der Unterrichtsministerin in die Schuhe geschoben werden. In Wirklichkeit haben wir diese Ergebnisse, weil schon lange keine ordentliche Schulreform mehr zustande gebracht wurde. Und das ist nicht die Schuld der Ministerin, sondern jener Betonierer in der ÖVP, die noch immer das Sagen haben.

FORDERUNGEN DER BM CLAUDIA SCHMIED

In verschiedenen Interviews lässt Claudia Schmied keinen Zweifel daran, dass sie attraktivere Einstiegsgehälter, ein neues Leitungsprofil für die Direktoren und moderne, leistungsgerechte Arbeitszeitmodelle einführen will. Weiter soll es mehrere Möglichkeiten für

Neues Dienst- und Besoldungsrecht soll bis 2013 auf Schiene sein. Quereinsteiger geben und eine gemeinsame Ausbildung für alle im Lehrberuf tätigen und zwar auf tertiärem Niveau.

Gleichzeitig plant sie,

noch in dieser Legislaturperiode – also bis 2013 – ein neues Dienst- und Besoldungsrecht und eine neue LehrerInnenausbildung auf Schiene zu bringen. Dabei versicherte die Ministerin in einem Interview, dass die jetzigen Lehrer keine Erhöhung der Arbeitszeit befürchten müssen, denn diese KollegInnen hätten schon genug zur Budgetkonsolidierung beigetragen. Klar ist auch, dass große Veränderungen im Schulbereich nur möglich sind, wenn es zu keiner weiteren Verländerung des Schulwesens kommt.



Personalvertreter Gerhard Unterkofler im Gespräch mit BM Claudia Schmied

Laut Zeitungsberichten hat Claudia Schmied auch keine große Freude mit Begabtenschulen. Denn wenn wir schon keine Selektion haben wollen, dann auch nicht an der Spitze. Dies könnte dann mit 14 oder 15 Jahren notwendig sein. Recht hat sie: Nicht Eliten brauchen Förderung, sondern vor allem die schwächeren Schüler.

KEINE EINSICHT BEI LEHRERMANGEL

Problematisch ist allerdings ihre Haltung gegenüber dem in Vorarlberg vorherrschenden gravierenden Lehrermangel. Auf Nachfrage des ZA-Vorsitzenden Armin Roßbacher bei einer Diskussionsveranstaltung in Feldkirch konnte die Ministerin nicht wirklich eine befrie-

digende Antwort geben. Sie verwies darauf, dass es österreichweit nur etwa 600 LehrerInnen zu wenig geben würde, was gerade mal 0,5 Prozent seien. Nur, das hilft uns in Vorarlberg gar nichts.

Andererseits habe ich nach einem Gespräch mit der



BM Claudia Schmied

Ministerin die Hoffnung, dass sie politisch vorsichtiger geworden ist und sich nicht mehr von der ÖVP aufs Glatteis führen lassen will. Manches Mal hat man im Gespräch mit ihr allerdings auch das Gefühl, dass sie in höheren Sphären schwebt und den harten Berufsalltag der LehrerInnen zu

idealistisch sieht. Doch wie meinte ein Lehrerkollege treffend: "Es stände um Österreich besser, hätten wir mehr Politiker wie Claudia Schmied, die wenigstens Zukunftsvisionen und Steherqualitäten haben."

Ministerin Schmied ist sicherlich eine der wenigen österreichischen PolitikerInnen, die unbeirrt ihren Weg

geht, um konsequent ihre Vorstellungen zu verwirklichen. In der jetzigen politischen Pattsituation wird sie wohl kaum auf große Erfolge hoffen können, zu sehr miss-

Keine Erhöhung der Arbeitszeit für jetzige LehrerInnen.

gönnt ihr die ÖVP einen Erfolg in der Schulpolitik und fürchtet zudem die Einführung der Gemeinsamen Schule auf Umwegen. Dass die Ministerin bei Umfragen sehr gute Werte erzielt, mag ein kleiner Trost für sie sein. Vielleicht auch ein Grund, dass sie momentan nicht an Rücktritt denkt.

Harald Walser, Bildungssprecher der Grünen:

"Mit RegierungsvertreterInnen über die Bildungsreform zu diskutieren, kostet Nerven. Gestern hatte ich in einer einstündigen Diskussionssendung auf ATV die Gelegenheit dazu.

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer möchte ich attestieren, dass er um eine inhaltliche Diskussion bemüht ist. Von Lukas Mandl, dem neuen ÖAAB-Generalsekretär und ÖVP-Landtagsabgeordneter in Niederösterreich, kann man das leider nicht behaupten. Am sinkenden Vertrauen der ÖsterreicherInnen in das Bildungssystem sind vor allem er und seine KollegInnen aus der ÖVP schuld. Sie blockieren seit Jahren und Jahrzehnten mit ihrem ständigen "Njet" jede Reform - allen voran Landeshauptmann Pröll. Mit allen Parteien kann man sprechen, sogar mit der FPÖ und dem BZÖ, nicht aber mit der ÖVP. Wer ein Zeichen gegen den Stillstand im Bildungsbereich setzen möchte, hat die Möglichkeit dazu: "Petition gegen Provinzialisierung und Postenchacher im Schulbereich!"

Quelle: Blog von Harald Walser

Auf **gerhardunterkofler.blogspot.at** kann diese Diskussion angeschaut werden. Wer ein Zeichen gegen den Stillstand im Bildungsbereich setzen möchte, findet dort auch einen Link dazu.

schulnotizen 4/2010 5



Kollegiale Beratung

Problemlösungen im Kollegium gemeinsam erarbeiten

Martin Türtscher, Beratungslehrer (martin.tuertscher@lscar1.snv.at)

Der Lehrberuf erfordert mehr Zeit, Energie und Know-how als je zuvor. Dementsprechend gewinnen (Selbst-)Reflexion und die Erweiterung beruflicher Kompetenz als wesentliche Elemente schulischer Professionalität an Bedeutung.

Professionalität kann u. a. als die Fähigkeit gelesen werden, immer wieder in berufliche Veränderungsprozesse gestaltend einzugreifen, ohne dabei den behutsamen Umgang mit der eigenen Lebenskraft aus den Augen zu verlieren. In diesem Sinne wäre Professionalität eine wesentliche Voraussetzung zur Vorbeugung von Burnout.

SUPERVISION

Die Forderung nach einem Recht auf Supervision für Lehrerkollegien wird sowohl von zahlreichen Einzelschulen, von der Personalvertretung wie auch von fachwissenschaftlicher Seite erhoben. Obwohl Super-

Recht auf Supervision existiert wird deren Einfühin Vorarlberg nicht.

vision im Bereich sozialer Dienstleistungen bereits seit längerem zum Standard gehört, rung im Schulbereich durch den Dienstgeber nicht forciert. Ein Finanzierungsbeitrag

wird nur in besonderen Situationen bzw. für spezielle Gruppen von Lehrpersonen und fallweise für Einzelpersonen gewährt. Ein Recht auf Supervision für alle Lehrpersonen bzw. eine diesbezüglich klar geregelte Unterstützung für Schulen existiert in Vorarlberg bislang nicht.

Supervision ist eine Form von Beratung. Sie begleitet Einzelpersonen, Teams oder ganze Organisationen bei der Reflexion und Verbesserung der beruflichen Tätigkeit. Im Blickfeld können sowohl fachliche, persönliche wie auch soziale Fragestellungen stehen. Eine zentrale Rolle nimmt dabei der Supervisor/die Supervisorin ein. Diese Person besitzt üblicherweise Feldkompetenz im Bereich Schule/Sozialarbeit/Pädagogik o. Ä. und hat eine einschlägige Beratungs- bzw. Supervisionsausbildung abgeschlossen. Supervisoren bzw. Supervisorinnen sind Fachpersonen, und sie kosten Geld. Die Kosten für ihre Arbeit werden bislang größtenteils von der Schule selbst aufgebracht, nicht selten durch Selbstbehalte der teilnehmenden Lehrpersonen. In Einzelfällen übernimmt auch die PH einen gewissen Anteil.

KOLLEGIALE BERATUNG...

...ist eine wirksame Beratungsform in Gruppen, bei der die Teilnehmer/-innen einander zu schwierigen Fragen ihres Berufsalltags beraten, um Lösungen für problematische Situationen zu entwerfen. Das Gespräch folgt einem festen Ablauf.

Kollegiale Beratung findet in Gruppen von 5 bis 10 Mitgliedern statt und wird von den Teilnehmenden weitgehend selbst organisiert.

Ein Durchgang dauert etwa eine halbe bis eine dreiviertel Stunde.

Einige Methoden:

- o Gute Ratschläge ("Ich gebe dir den Rat...", "An deiner Stelle würde ich...", "Mein Tipp...", "Ich empfehle dir...")
- o Brainstorming (Gedanken, Bilder, Impulse, Assoziationen, Regungen - möglichst ungefiltert und ohne den Aspekt der Machbarkeit)
- o Schlechte Tipps ("Wie könntest du alles noch viel schlimmer machen?")
- o Klausur: Der Fallerzähler verlässt den Raum, die anderen unterhalten sich unbeeinflusst von der fallgebenden Person über die gestellte Frage.

Kollegiale Beratung ist kein Ersatz für Supervision, eher eine Vorstufe oder eine Ergänzung dazu. Das bedeutet, dass diese Form beruflicher Unterstützung durchaus dazu beitragen kann, dass Lehrpersonen mit Belastungen besser zurechtkommen und situativ Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Die Beratungslehrer/-innen unterstützen interessierte Personen an Schulen gerne bei der Einführung und Etablierung der Methode.

Ablauf, Aufgaben der Beteiligten, Ziele (nach Dr. Kim-Oliver Tietze, Hamburg 2009)

Phasen	Was ist zu tun?	Wer trägt was dazu bei?	Wie sieht das Ergebnis aus?
Wer tut was?	Die Rollen werden besetzt: Moderator/-in, Fallbringer/-innen, Berater/-innen	Ein Moderator wird gesucht, er übernimmt sogleich die Leitung des Treffens. Die Teilnehmer/-innen benennen kurz ihr Thema, der erste Fallerzähler wird ausgewählt.	Moderator/-in nimmt ihre Rolle an. Es ist festgelegt, wer heute ein Anliegen einbringt. Der Ablauf ist allen klar.
Fall- schilderung	Der Fallgeber erzählt ca. 10 min über eine berufliche Situation und beantwortet Fragen.	Der Fallerzähler berichtet und wird dabei vom Moderator begleitet. Anschließend stellen die anderen Teilnehmer/innen Verständnisfragen, sofern notwendig.	Alle Teilnehmer/-innen haben den Fall im Wesentlichen verstanden.
Schlüssel- frage	Eine Schlüsselfrage wird gesucht.	Der Fallerzähler formuliert eine Schlüsselfrage und wird dabei von den anderen unterstützt.	Die Frage ist klar formuliert und passend zur Person und deren Fallgeschichte.
Wahl der Methode	Die Berater/-innen überlegen, auf welche Art sie vorgehen wollen.	Der Moderator hilft bei der Suche nach einer passenden Methode, der Fallerzähler und die übrigen Teilnehmer/-innen machen Vorschläge.	Die Methode zur Bearbeitung der Schlüsselfrage steht fest.
Beratung	Die Berater/-innen geben ihre Ideen und Vorschläge im Stil der ausgewählten Beratungsmethode.	Die Berater/-innen formulieren ihre Beiträge passend zur Methode, der Moderator achtet auf die Zeit und notiert die einzelnen Beiträge auf Karten. Der Fallbringer hört außerhalb des Sitzkreises zu oder wartet vor der Türe auf das Ergebnis.	Die Berater/-innen haben eine Reihe von Vorschlägen eingebracht. Diese sind auf Karten notiert.Der Fallerzähler hat Ideen und Anregungen aufgenommen oder er wartet draußen gespannt auf das Ergebnis der Beratung.
Abschluss	Die Fallerzählerin fasst zusammen und ordnet die Karten. Sie wählt aus und denkt laut über die Wirkung und eine mögliche Umset- zung nach.	Die Fallerzählerin berichtet, welche Anregungen für sie wertvoll waren und was ein erster Schritt sein könnte. Die Moderatorin achtet darauf, dass die Umsetzung von Veränderungsschritten möglichst konkret geplant wird.	Die Fallerzählerin hat die Entscheidung über eine erste Veränderung und deren Umsetzung getroffen. Ein Durchgang von kollegialer Beratung ist abgeschlossen.

Kritik an unserem Schulsystem

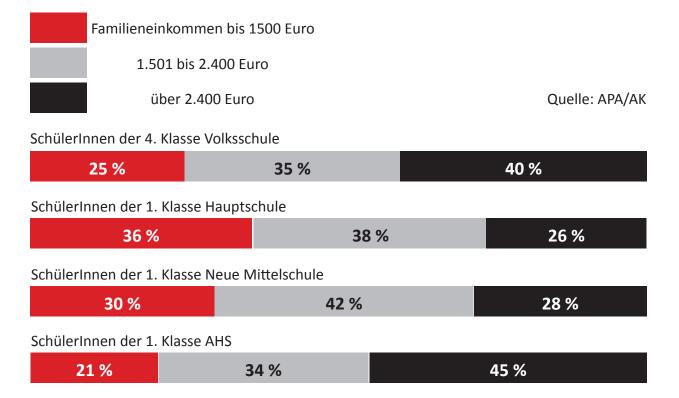
Einkommen und Schulbesuch

aut einer von der Arbeiterkammer präsentierten Studie bestimmt das Einkommen der Eltern die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheidend. Die Befragung wurde bei über 5000 Eltern durchgeführt. Ergebnis: Kinder von schlecht verdienenden Eltern finden sich häufiger in Hauptschulen als Kinder von gut verdienenden Eltern. Letztere besuchen nämlich häufiger die AHS-Unterstufe.

Viele Kinder von Niedrigverdienern hätten sehr wohl notenmäßig die Möglichkeit gehabt, ins Gymnasium zu gehen, taten dies aber nicht. Offenbar ist für die Schulwahl der Wunsch der Eltern wichtig, ob sie für ihre Kinder die Matura/Hochschulzugang oder einen Lehrberuf im Auge haben. Eltern mit geringerem Einkommen, die oft der unteren sozialen Schicht angehören, sehen für ihre Kinder weniger eine Hochschulbildung vor und schicken ihre Sprösslinge deshalb in die Hauptschule oder Neue Mittelschule.

Damit ist oft die Zukunft des Kindes vorprogrammiert. Eltern aus der Unterschicht haben auch weniger Möglichkeiten und oft auch nicht das Geld, ihre Kinder zu fördern. Dies soll ausgleichenderweise in der Schule passieren. Die AK fordert deshalb die einheitliche Mittelstufe sowie neue pädagogische Standards.

ANTEIL DER SCHÜLER NACH NETTO-FAMILIENEINKOMMEN





7 Tage zu spät geboren

Das Ende der Hacklerregelung

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

Nicht wenige LehrerInnen wähnten sich in einem schlechten Film, als die Regierung nach der Wiener Wahl ihre Sparpläne der Öffentlichkeit präsentierte. Die mediale Erregung entzündete sich vor allem an Kürzungen der Familienförderungen, eine entscheidende Änderung im Pensionsrecht trat etwas in den Hintergrund.

n den letzten Monaten war immer wieder spekuliert worden, wie es mit der sogenannten Hacklerregelung weitergehen würde. Sozialminister Hundstorfer hatte mehrmals angedeutet, dass er eine Übergangsregelung anstrebe und nicht wenige KollegInnen rechneten fast fix damit. Daraus wurde nichts: Für die Jahrgänge 1954 und jünger existiert die Hacklerregelung de facto nicht mehr, nur mehr sehr wenige LehrerInnen werden diese in Anspruch nehmen können. Das liegt an folgenden Voraussetzungen: Ab dem Jahr 2014 braucht es 42 Versicherungsjahre bei Erreichen des 62. Geburtstages. Außerdem ist ein Nachkauf von Schul- und Studienzeiten nicht mehr möglich.

Viele KollegInnen rechneten mit einer Übergangsregelung.

Besonders bitter ist das für eine Lehrerin aus Vorarlberg, die am 6. Jänner 1954 das Licht der Welt erblickt hat. 7 Tage früher geboren, hätte für sie bedeutet, dass

sie am 1.1.2014 abschlagsfrei in Pension gegangen wäre. So trifft es sie und natürlich viele andere KollegInnen gleich dreifach: Mindestens 2 Jahre länger arbeiten, kein Nachkauf von Schulzeiten und eine deutlich niedrigere Pension.

EINE EINSCHLEIFREGELUNG SCHAUT ANDERS AUS.

Den meisten LehrerInnen war und ist klar, dass eine Pensionierung mit 60 Jahren zwar wünschenswert, aber auf Dauer nicht zu finanzieren ist. Ein schrittweises Auslaufen der Hacklerregelung wäre auf relativ große Zustimmung gestoßen. So macht sich der Eindruck der Ungleichbehandlung breit, die geplante Gesetzesänderung wird als ungerecht empfunden.

Die zahlreichen Pensionsreformen der letzten Jahre

haben außerdem viele KollegInnen sehr verunsichert, immer wieder bekomme ich zu hören: "Und was kommt als nächstes?"

Ein abruptes Ende der Hacklerpensionen sei verfassungsrechtlich problematisch, erklärte etwa der FCG-Vorsitzende Norbert Schnedl. Die Gewerkschaft ist

Verfassungsrechtliche Bedenken

gefordert und muss abklären, ob die Unterstützung einer Klage gegen dieses Gesetzesvorhaben Aussicht auf Erfolg hat.

PERSPEKTIVEN

Bis auf ganz wenige Ausnahmen wird die Hacklerregelung für LehrerInnen in Zukunft nicht mehr erreichbar sein. Außer dem Regelpensionsalter mit 65 Jahren bleibt nur mehr die sogenannte Korridorpension. KollegInnen, die einen noch früheren Pensionsantritt anstreben, haben dazu 2 Möglichkeiten: das Zeitkonto sowie das Sabbatical. (Infos siehe Seite 17)





Lehrer Lämpel

Vom Wetblick in der Politik

Hauptschuloberlehrer Gotthilf Lämpel, Rohrstab 14

Wer weit oben ist, sieht weit. Hat einen weiten Blick.

Liesl war weit oben. Mit Wolfi und seinen Freunden hat sie ausgiebige Wanderungen durch Österreichs Bergwelt gemacht und frohe Lieder gesungen. Der Nachhall ist immer noch zu hören und mancherorts - leider auch zu spüren.

Weitblick der besonderen Art beweist dabei ein Brief, den die damalige Unterrichtsministerin an die Maturanten des Jahrgangs 2003 verschickt hat. Darin stellt sie fest, dass in Zukunft nicht mehr so viele LehrerInnen benötigt werden wie bisher. Die Wirtschaft dagegen biete beste Berufsaussichten in allen Dienstleistungsbereichen, Informationstechnologiefachleute sind sehr gefragt. Auch Absolventen und Absolventinnen technisch naturwissenschaftlicher Studien haben gute Chancen.

Verrechnet hat man sich dagegen beim zukünftigen Bedarf an Lehrern. Dabei sind vor sieben Jahren die Zahlen klar auf dem Tisch gelegen.

Die Kinder, denen heute die Lehrer fehlen, waren alle schon auf der Welt. Sie besuchen momentan gerade die erste Klasse VS. Die Lehrer und ihre Altersstruktur war auch bekannt.

Man hätte nur 7 Jahre weiterrechnen sollen. Das hat man leider versäumt oder man hat sich verrechnet, hat Fehler gemacht, Fehler, die wir heute alle schmerzlich spüren.

Wenn in den nächsten Jahren jene Lehrer, die heute über 50 sind, in Pension gehen, schaut die Zukunft leider schwarz aus, ein Nachhall konservativer Bildungspolitik.

LIESL IST GESCHICHTE.

Heute wollen sich weitblickende Landeshauptleute unter der Schirmherrschaft der ÖVP um die Sorgen der Lehrer kümmern. Sie wissen genau, wo der Schuh drückt, weil sie auf Volkes Stimme hören. Wenn sie sich da nur nicht auch wieder verrechnen.

Lesen

Also gut!

Ich bekäme die **schulnot zen** gerne an folgende Adresse geschickt:

NAME UND ANSCHRIFT:

Senden Sie diesen Coupon bitte an:

Willi Schneider Kehlerstraße 22a 6900 Bregenz

Oder einfach unter schulnotizen@hotmail.com anfordern

Facebook & Co.

Stasi auf freiwilliger Basis?

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Die Social Networks sind aus dem Internet nicht mehr wegzudenken. Über 34 Prozent der Österreicher sind täglich in Facebook unterwegs. Da besonders die Jugend von Facebook & Co. angetan ist, ist es sicher nicht falsch, dieses Thema auch im Unterricht zu behandeln.

m Jahre 2004 wurde Facebook von Marc Zuckerberg gegründet und vernetzt heute eine halbe Milliarde Menschen miteinander. Davon sind alleine 150 Millionen aktive Mitglieder. So wie das Handy bei einer großen Mehrheit nicht mehr wegzudenken ist, wird dies auch bei Facebook und den anderen sozialen Netzwerken in der Zukunft sein. Trotz aller Unkenrufe - Facebook clever genutzt kann gute Dienste leisten.

NACHTEILE UND GEFAHREN

Aber es heißt aufpassen: Wer seine Daten im Internet preisgibt und sich selbst schonungslos präsentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn sich Web-Striptease eines Tages nachteilig auswirkt. Denn Personalchefs wissen genau, wo sie im Internet nachschauen oder googeln müssen, damit sie über zukünftige Arbeitnehmer Informationen erhalten. Wer im Netz ist, hinterlässt Spuren. Wer nicht aufpasst, der trägt selbst

Ohne eigenes Zutun plötzlich Mitglied von Pornogruppen

seine Privatsphäre in die Öffentlichkeit. Viele junge Leute präsentieren sich im Internet leider völlig grenzenlos und denken nicht an die Folgen. Der Rat von Google-Chef Eric

Schmidt, über den es sogar ein gefälschtes Facebook-Profil gibt, man solle Jugendlichen das Recht geben, mit 18 Jahren die Identität zu wechseln, ist hoffentlich nur zynisch gemeint.

Datenschützer bemängeln auch Sicherheitslücken. Ein großes Problem ist die "Vorratsdatenspeicherung", die viele Plattformen betreiben. Einige Profilangaben wie Name, Geschlecht, Wohnort und Fanseiten werden beispielsweise von Facebook selbst nach Beendigung einer Mitgliedschaft gespeichert.

Es ist also notwendig, sich genau zu überlegen, welche und wie viel Information man im Web veröffentlichen will. Facebook sollte eigentlich dazu da sein, sich positiv zu präsentieren.

Neben Cyber-Mobbing sind auch schon gefälschte Seiten über Mitschüler aufgetaucht. Dass Schüler sich plötzlich ohne ihr Zutun in Gruppen mit Pornoinhalten wiederfinden, ist nicht selten. Oft wissen sie dabei nicht, wie sie sich aus dieser Gruppe löschen können. Aber auch viele Eltern kennen sich im Umgang mit den sozialen Netzwerken nicht aus. Hier ist Handlungsbedarf angesagt. Wichtig wäre es, dieses Thema im Informatikunterricht zu behandeln, damit die Jugendlichen auf die Tücken im Internet vorbereitet sind.

UNTERRICHTSMINISTERIUM REAGIERT

In einem Schreiben des Unterrichtsministeriums wird die Initiative "Web 2.0 – soziale IT-Netze sinnvoll nutzen" vorgestellt. Zielsetzungen sind dabei, dass Medienkompetenz (Wissen über eine sichere Internetnutzung und kritischer sowie reflektierter Umgang mit den Medien) gefördert werden soll. Darüber hinaus soll es zu einer Sensibilisierung der Schulpartner kommen. Weiters sollen die Potentiale von Web 2.0 und den anderen sozialen IT-Netzen thematisiert und Wissen über eine sichere Internetnutzung aufgebaut und der kritische und reflektierte Umgang mit den Medien gefördert werden. Auf dem Internetportal www.saferinternet.at gibt es zahlreiche Informationen und Tipps, Unterrichtsmaterialien und Beispiele für den Einsatz im Unterricht.

VORTEILE

Trotz aller Risiken sollte man das Positive im Gebrauch von Facebook & Co sehen: freie Meinungsäußerung für alle ohne das Diktat der Presse, ungeahnte Mobilisierungsmöglichkeiten, Lobbying für den kleinen Mann, Bewerbung von Ideen und Gedanken, schneller Austausch von Informationen, Vereinbarung von Terminen, Vernetzung Gleichgesinnter, Diskussionsforen oder Personen finden, die man aus den Augen verloren hat und natürlich nicht zu vergessen, der unkomplizierte Gruß an den reichen Großonkel in Amerika. Nutzt man diese Plattformen sinnvoll, mit Köpfchen und gesundem Menschenverstand, kann man fast bedenkenlos und mit viel Freude Mitglied eines sozialen Netzwerks sein.



Comenius-Projekt - Teil 2

Besuch an der Gistrup Skole, Dänemark

Markus Kirchberger (markus.kirchberger@hslhf.snv.at)

Im November 2008 startete ein Comeniusprojekt zwischen Schulen aus Großbritannien, Dänemark, Polen, Bulgarien, Österreich und der Türkei. Auch die Mittelschule Lustenau-Hasenfeld war an diesem Projekt unter dem Titel "Flight and Flow through Europe" beteilig. Über den ersten Austausch, bei dem Lehrer aller beteiligten Schulen die "Rowan Preporatory School" in Claygate bei London besuchten, habe ich schon in der letzten Ausgabe der Schulnotizen ausführlich berichtet. Besonders spannend war nach dem Besuch dieser privaten Eliteschule in England das Kennenlernen einer öffentlichen Gesamtschule in Dänemark.

n den Monaten bis zu diesem Besuch in Dänemark wurden an den beteiligten Schulen aber noch zahlreiche fächerübergreifende Aktivitäten und Projekte durchgeführt. Dazu gehörten

- die Zusammenstellung einer "Cultural Box", in der Informationsmaterialien über die teilnehmenden Länder, landestypische Spiele etc. enthalten waren
- der Aufbau von Brieffreundschaften in englischer Sprache zwischen den Schülern der beteiligten Länder
- ein gemeinsamer Austausch über das Feiern von Weihnachten und Neujahr
- die Darstellung der Länder aus der Vogelperspektive
- die Produktion einer "Comenius-CD" und
- das Designen und Produzieren von Windrädern für das Treffen in Dänemark im Mai 2009

Bei der Comenius-CD handelt es sich um ein Sammelwerk. In jedem Teilnehmerland wurde ein Lied übers "Fliegen" in der Landessprache aufgenommen und zu einer CD vereint. Die Schüler der Haupt- und Mittelschule Hasenfeld produzierten im Dornbirner Tonstudio "TONZOO" von Teddy Maier eine deutsche und eine englische Version von Reinhard Meys "Über den Wolken". Die CD war dann beim Comeniustag Ende April 2009 käuflich zu erwerben.

COMENIUSTAG – PRÄSENTATION DER GELEISTETEN ARBEIT

Am 29. April 2009 fand in allen sechs Staaten zur gleichen Zeit ein sogenannter "Comeniustag" statt, in dessen Verlauf über das Projekt informiert und die bisherigen Arbeiten präsentiert wurden.

Höhepunkt war ein gemeinsamer "Weltrekordversuch". Dabei ließ man in allen teilnehmenden Ländern

zeitgleich Heliumballons mit Nachrichten aus allen Staaten aufsteigen. Ziel war es, Antworten auf möglichst viele der Briefe zu bekommen. Da die österreichischen Nachrichten in den anderen Staaten in die Luft aufstiegen, hofften die Schüler aus dem Hasenfeld, aus fernen Ländern Post zu erhalten.

BESUCH AN DER GISTRUP SKOLE



Der Comeniuskoordinator Christian Alge und ich besuchten vom 25.-29. Mai 2009 die GISTRUP SKOLE in Gistrup, einem Dorf mit ca. 3600 Einwohnern nur unweit von Aalborg. Aalborg ist mit rund 130.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Dänemarks und liegt im Norden der Halbinsel Jütland am Limfjord.

Die GISTRUP SKOLE ist eine Gesamtschule mit ca. 800 Schülern, wobei die Schüler aus allen Teilen Aalborgs kommen. Es gibt in Dänemark keine Trennung des Schulsystems in Volksschule, Hauptschule und Gymnasium wie bei uns. Alle Schüler von 6-15 Jahren besuchen denselben Schultyp.

Die Lehrer arbeiten in Teams, wobei jedes Team für

ein bis zwei Klassen zuständig ist. Fehlt ein Lehrer, so übernehmen die anderen Lehrer des Teams die Klasse. So ist immer die Kontinuität im Unterrichtsbetrieb gewährleistet. Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung sind an dänischen Schulen eine Selbstverständlichkeit. So sind neben den Lehrpersonen zahlreiche sogenannte "Pädagogen" an der Schule angestellt, die sich um die spielerische Betreuung und das kreative Gestalten in der unterrichtsfreien Zeit kümmern.

Die Unterrichtsmethodik selbst unterscheidet sich nicht wesentlich von unserer. Abgesehen von einzelnen Sequenzen mit Planarbeit wird in den Realienfächern überwiegend frontal mit einzelnen schülerzentrierten Aktivitäten unterrichtet.

SIGHTSEEING IN JÜTLAND



Neben Unterrichtsbesuchen stand die Präsentation bzw. die Vorführung der von Schülern aller beteiligten Schulen gebauten Windmühlen im Mittelpunkt.

Neben dem Arbeitspensum hatten wir aber auch wieder das Vergnügen, Land, Leute und die Kultur Dänemarks etwas besser kennen zu lernen.

Wir wurden durch den Norden Jütlands chauffiert. Bei dieser Sightseeing-Tour wurden uns die Naturschönheiten des rauen, aber faszinierenden Landes gezeigt: Saebi, ein typisch dänisches Fischerdorf, stand ebenso auf dem Programm wie das Kap Grenen, der nördlichsten Punkt Dänemarks, an dem zwei Meere – Nordsee und Kattegat – zusammentreffen und sich dabei die Wellen mehrere Meter hoch auftürmen.

Wir spazierten durch den Sand auf einer Wanderdüne

und sahen eine Kirche, von der nur noch der Kirchturm aus dem Sand ragt. Der Rest ist von der Wanderdüne begraben worden. Dies war sicher der schönste Tag, weil wir so viel von der wunderschönen und wilden Natur Jütlands zu sehen bekamen.

Weitere Programmpunkte waren eine geführte Stadttour durch die Altstadt von Aalborg sowie der Besuch

eines Wikingermuseums, bevor man uns am Freitag wieder am "Lufthavn" (dän. Wort für Flughafen) von Aalborg absetzte.

Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung sind eine Selbstverständlichkeit.

Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt

in Kopenhagen, wo wir noch einen Tag verbrachten, ging es dann auch schon wieder mit einer Maschine der Fluglinie SAS zurück nach Zürich.

Rückblickend betrachtet war es ein Besuch in einem wunderschönen Land und bei sehr freundlichen Menschen, der uns einen aufschlussreichen und interessanten Einblick in das Schulsystem Dänemarks ermöglichte.



In meinem Bericht in der nächsten Ausgabe der Schulnotizen werde ich von meinem Besuch in der Mehmet-Dildiz-Schule in Candarli in der Türkei berichten.

Unsere Personalvertreter helfen Ihnen gerne in allen dienstlichen Angelegenheiten weiter. Die Namen finden Sie im aktuellen SLV-Kalender.



"Sei gefälligst motiviert!"

Mitarbeitermotivation

Walter Moosbrugger (walter.moosbrugger@gmx.at)

Motivation von Mitarbeitern ist nicht immer leicht. Schon gar nicht in Sozialberufen und im öffentlichen Dienst. Und doch ist klar: Nur motivierte LehrerInnen sind gute LehrerInnen! Soweit so gut, doch was ist, wenn die Motivation in Demotivation kippt, wenn die Freude an der Arbeit nachlässt?

Der wichtigste Schritt ist das Bewusstmachen der Problematik. In erfolgreichen Unternehmen ist man diesbezüglich bereits wesentlich weiter als im öf-

"Das Wichtigste ist, überhaupt motivieren zu wollen!" fentlichen Dienst. Wer motiviert ist, leistet mehr. In Denkberufen sogar ein Vielfaches. Daher gehört "Mitarbeitermotivation" zu ganz entscheidenden Personalführungsaufgaben in der Privat-

wirtschaft. Denn frustrierte, innerlich gekündigte Kolleginnen belasten letztendlich den gesamten Betrieb. Dasselbe gilt für den Betrieb Schule. Dabei ist es nicht nur das Geld, das motiviert. Schon gar nicht im Lehrerberuf, oder? Ein Mensch arbeitet nicht automatisch mehr, nur weil er mehr verdient. Oder weil man ihm einmal jährlich zur Weihnachtsfeier einen warmen Händedruck gönnt.

NICHT VERORDNEN

Fachwissen ist in unserem Beruf natürlich erforderlich, genauso wie eine gute Ausbildung. Doch beim Beobachten und Zuhören, bei Gesprächen mit KollegInnen und Berichten aus der Personalvertretung wird bald klar: Das Wichtigste im tagtäglichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen ist Motivation. Fehlt die Begeisterung für den Beruf, nützen keine Fortbildungen, keine Teambesprechungen und keine Zwangsverpflichtungen. Motivation kann man nicht verordnen! Und: Der Weg von Demotivation zu einem Burn-out ist kein langer.

An die SchulleiterInnen kann ich nur appellieren: Es lohnt sich, die Leistungsreserven aller MitarbeiterInnen auszuschöpfen. Viele könnten sich noch mehr und intensiver in das "Unternehmen Schule" einbringen – wenn sie motivierter wären. Die SchülerInnen, Eltern und auch die KollegInnen wären dankbar.

Die Fachliteratur ist sich einig:

Mitarbeiter, die motiviert sind...

- setzen sich für ihr Unternehmen ein.
- stellen hohe Anforderungen an sich selbst.
- übernehmen gern Verantwortung.
- denken mit.
- solidarisieren sich mit ihrem Unternehmen.
- kommunizieren positiv untereinander.
- geben wichtige Informationen weiter.
- machen Verbesserungsvorschläge.
- sind verlässlich und leistungsbereit.
- unterstützen sich gegenseitig.
- sind gut gelaunt.
- sind selten krank.



So weit, so gut. Wer hätte nicht gerne solche MitarbeiterInnen? Der Umkehrschluss für sämtliche genannten Punkte liegt aber bei demotivierten MitarbeiterInnen ebenso eindeutig auf der Hand. Selbstverständlich sind es neben den KollegInnen die Führungskräfte, die ihre MitarbeiterInnen zu Höchstleistungen animieren

"Fehlende Anerkennung trifft vor allem engagierte LehrerInnen!" könn(t)en. Doch Motivation von MitarbeiterInnen ist beileibe nicht immer leicht. Und doch ist der entscheidende Schritt ein ganz anderer: Das Wichtigste ist, überhaupt motivieren zu

wollen! Vielen Führungskräften ist die Thematik nicht bewusst. Jede/r hat von sich aus motiviert zu sein. In einem solchen Weltbild ("Mich motiviert auch niemand") ist für Motivation gar kein Platz. Motivation darf aber keine Glückssache sein. Wer Mitarbeiter motivieren will, der findet auch einen Weg.

ANERKENNUNG UND LOB

In Wirtschaftskreisen gibt es viele Ratgeber für Führungskräfte. Unter der Rubrik "Führungswissen für Vorgesetzte" (Verlag Deutsche Wirtschaft) ist einfach und präzise nachzulesen, was auch oder gerade für unseren Beruf gilt. Fehlende Anerkennung, mangelnde Transparenz, verletzende Worte, militärische Befehle ("Sei gefälligst motiviert!"), zu wenig Informationen und fehlender Gestaltungsraum für innovative Ideen sind nur einige der genannten Verhaltensweisen von Vorgesetzten, die ihre MitarbeiterInnen demotivieren können.

Das Beispiel "fehlende Anerkennung" ist wohl das häufigste Übel, das besonders engagierte KollegInnen weit härter

trifft als andere. "Anerkennung ist eine Pflanze, die vorwiegend auf Gräbern wächst!" Nach diesem Motto verfahren Vorgesetzte, die grundsätzlich nur Missstände wahrnehmen und gute Ergebnisse als Normalzustand begreifen. Oder der Lehrerin/dem Lehrer das Lob schlicht und einfach nicht gönnen. Und schon wären wir wieder beim Thema "Bossing".

Wenn eine Führungskraft mit ihren MitarbeiterInnen immer nur Kritikgespräche führt, schafft sie keine vertrauensvolle Basis in ihrem Team. Genauso demotivierend wie fehlendes positives Feedback wirkt ein unpersönliches "Standard-Lob": Schon beim zweiten Mal wird es nicht mehr ernst genommen. Auf Dauer revanchieren sich die Mitarbeiter-Innen, die mit mangelnder Anerkennung konfrontiert sind, mit Gleichgültigkeit und bringen kaum mehr freiwillig ihre ganze Schaffenskraft ins Team ein.

Zusammenfassend möchte ich aber klarstellen, dass sich viele SchulleiterInnen mit Personalführung beschäftigen und über sehr gute Führungsqualitäten und Sozialkompetenz verfügen. Trotzdem können "Denkanstöße" zu gegebener Zeit für sogenannte "Aha-Erlebnisse" und Bewusstseinsbildung sorgen. Und genau darum geht es mir. Denn wie gesagt: Nur motivierte LehrerInnen sind gute LehrerInnen!



DANKE!



Ein weiteres "Urgestein" der "Freien LehrerInnen" hat sich in den Ruhestand verabschiedet. Helmut Handler-Kunze war lange Jahre Mitglied im DA Feldkirch, einige Zeit auch Vorsitzender-Stellvertreter, später Mitglied im DA Dornbirn. Seine ruhige, ausgleichende Art wurde in zahlreichen SLV-Sitzungen sehr geschätzt.

Von September 1999 bis Oktober 2010 war Helmut als Direktor an der HS Dornbirn-Haselstauden tätig. Zudem machte er sich um die "Geometrie" in Vorarlberg verdient und erweckte die GZ-Fortbildung aus dem Tiefschlaf. Helmut sorgte für die Ausrüstung aller HS und PTS mit der CAD-Software-CAD3D, konnte die VEM als Sponsor gewinnen und somit die Landeslizenz für die CAD-Software GAM finanzieren. Für seinen neuen Lebensabschnitt wünschen wir ihm alles Gute und Gesundheit!



Solidarität ist gefragt

Dank GÖD eine der besten Lohnerhöhungen Europas

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist Solidarität wichtiger denn je. Ohne starke Lehrergewerkschaft hätte es in der Vergangenheit mit den Gehaltsabschlüssen nicht gerade rosig ausgeschaut. Dank der Verhandlungstaktik der GÖD gibt es für LehrerInnen auch im neuen Jahr eine Gehaltserhöhung, die sich sehen lassen kann.

Die öffentlich Bediensteten bekommen mit Wirksamkeit 1.1.2011 mindestens 25,5 Euro pro Monat zusätzlich. Dies bedeutet für die niedrigsten Einkommen einer Erhöhung um 2,09 Prozent, für die höchsten Einkommen eine Erhöhung um 0,85 Prozent. Im Durchschnitt beträgt die Erhöhung 1,03 Prozent. Darauf

Lehrergewerkschaft verhinderte Null-Lohnrunde

haben sich Regierung und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in der zweiten Verhandlungsrunde geeinigt.

Das Gehaltsabkommen umfasst auch die Nebengebühren und Zulagen. Eine

Null-Lohnrunde wurde von den Verhandlern der GÖD erfolgreich abgewehrt, eine Aussetzung von Biennalsprüngen verhindert. Laut der Zeitung "Der Standard" dürfen sich die Beamten in Österreich damit über einen der besten Lohnabschlüsse in ganz Europa freuen. Die neuen Gehaltstabellen können im Bereich Service auf der Homepage der FreienLehrerInnen (www. freielehrer.at) heruntergeladen werden.

Die Landesleitung der Gewerkschaft der PflichtschullehrerInnen dankt allen, die durch ihre Mitgliedschaft die Berufsvertretung stärken und unterstützen. Auf neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.



Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Aktive 1 Prozent, für Pensionisten 0,5 Prozent des Bruttobezuges und ist steuerlich voll absetzbar. Dadurch beläuft sich der Nettomitgliedsbeitrag auf zirka 14 Euro pro Monat.

Von den Mitgliedsbeiträgen wird ein beträchtlicher Teil zur Finanzierung des Rechtsschutzes und der Fürsorge-Einrichtungen verwendet und kommt so direkt wieder den Mitgliedern zugute.

Mitglied bei der Gewerkschaft zu sein, heißt Solidarität zu üben, zudem gibt es zahlreiche gewerkschaftliche Leistungen.

Wer Unterlagen mit genauen Ausführungen zu den gewerkschaftlichen Leistungen wünscht, kann diese unter der folgenden E-Mail Adresse anfordern:

unterkofler.gerhard@aon.at

GEWERKSCHAFTLICHE LEISTUNGEN FÜR MITGLIEDER

- Solidaritätsversicherung (Spitalsgeld, Freizeitunfallversicherung, Begräbniskosten)
- Unentgeltlicher Rechtsschutz (Rechtsberatung, Durchführung von Interventionen, Vertretung vor Gerichten, Ämtern und Behörden)
- Berufshaftpflicht-Versicherung, Mobbingberatung
- Bildungszuschüsse
- Sozialunterstützung
- Zuschüsse zu Kinderferienaktionen und Projektwochen
- ÖBB: 24 Prozent Ermäßigung für Reisen in Österreich
- A1: 20 % Ermäßigungen gegenüber den handelsüblichen Angeboten
- Sonderkonditionen für bestimmte Hotels (z.B. in Wien)

Kurzmeldungen

DER BOCK WILL WIEDER EINMAL GÄRTNER SEIN Neue ÖVP-Angriffe auf die Unterrichtsministerin Claudia Schmied

Lopatka wirft der Ministerin in Sachen Dienstrecht vor, säumig zu sein. Seit 1 1/2 Jahren gebe es keine Ergebnisse.

Schmied scheint über die "Unkenntnis" Lopatkas "überrascht" zu sein, denn laut Ministerin laute der Fahrplan zuerst vorbereitende Gespräche mit der Lehrergewerkschaft, dann Verhandlungen ab Anfang 2011. "Das haben wir so ausgemacht", erklärt Claudia Schmied.



Dr. Thomas Bulant

"Lopatka dient wohl als Vorbote eines Generalangriffs der ÖVP auf Unterrichtsministerin Schmied", meint Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG PflichtschullehrerInnen, in einer Presseaussendung. "Es stört die ÖVP, dass sich Unterrichtsministerin Schmied bei den Dienstrechtsverhandlungen nicht wie bei der Zwei-Stunden-Diskussion vom Finanzminister ins Feuer hetzen lässt."

Laut Bulant führt das BMUKK seit mehr als einem halben Jahr faire Gespräche mit den Lehrergewerkschaften auf Augenhöhe, um die pädagogischen und organisatorischen Anforderungen an die Schule des 21. Jahrhunderts zu definieren. Auf Basis dieser wichtigen Gespräche sollen die Dienstrechtsverhandlungen im Jänner beginnen.

"Die ÖVP tritt stets als Beschützer der LehrerInnen auf, verheizt sie jedoch immer wieder, um ein pädagogisch veraltetes und ständisches Schulsystem am Leben zu erhalten", klagt Bulant. "Die OECD rät uns seit Jahren zu einem Wechsel zu Ganztages- und Gesamtschulen an. Die Blockierer und Bremser muss Lopatka in seiner Partei suchen!"

DIE KORRIDORPENSION

Antritt: frühestens mit dem 62. Lebensjahr, Voraussetzung: 37,5 Jahre ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit (Schulzeiten mitgerechnet)

Abzüge: 1,68%-Punkte pro Jahr, gerechnet vom Normalruhestandstermin, für 3 Jahre 5,04 %

Erklärung: frühestens ein Jahr und spätestens ein Monat vor dem beabsichtigten Termin

Besonderheiten: große Jubiläumszuwendung (35 Jahre) anlässlich des Ruhestandes möglich, günstige Regelung mit relativ geringen Abschlägen

ZEITKONTO

Auf Antrag können Lehrer/Innen auf die Auszahlung von MDL verzichten und diese Stunden einem Zeitkonto gutschreiben lassen. Dieser Verzicht bezieht sich immer auf ein ganzes Schuljahr.

Die Erklärung ist bis 30. September des betreffenden Unterrichtsjahres abzugeben und ist unwiderruflich. Ab dem 50. Lebensjahr kann die Lehrerin/der Lehrer mit dem Verbrauch beginnen.

Der Verbrauch hat im Rahmen einer Herabsetzung der Jahresnorm für ein ganzes Schuljahr im Ausmaß von 50 bis 100 v.H. zu erfolgen. Im Schuljahr, in dem der Landeslehrer in den Ruhestand versetzt wird oder übertritt, ist ein Verbrauch auch für einen Teil des Schuljahres zulässig.

Genauere Informationen und einige Beispiele, die zeigen, dass das Zeitkonto auch finanziell kein Nachteil ist, folgen in den nächsten Schulnotizen.

SABBATICAL

Der Lehrermangel hat sich bereits deutlich bemerkbar gemacht. Seit diesem Schuljahr wird bekanntlich das "Zwischendurchfreijahr" nicht mehr genehmigt - mit einer Ausnahme: Wenn das Freijahr direkt vor die bevorstehende Pensionierung fällt, können sich LehrerInnen weiterhin für ein Sabbatical entscheiden.

schulnotizen 4/2010 17

Alle LehrerInnen zu den Ländern?

Meinungen - aufgelesen

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

ERHARD BUSEK, ÖVP:

Der frühere ÖVP-Chef und Wissenschaftsminister Erhard Busek kann dem rot-schwarzen Streit um die Lehrer nichts abgewinnen: "Das geht an den eigentlichen Bildungsproblemen vorbei, Thema verfehlt - und die Koalition macht nur einen schlechten Eindruck."

Busek vermisst eine Debatte über die Inhalte von Ausbildung, den Bau von Ganztagsschulen und die Lehrerfortbildung. Er legt der Regierung nahe, lieber den Bundesrat einzusparen, "um endlich einiges für die Schulen und die Wissenschaft zu machen."

EVA SCHOLIK, ÖVP:

In der Lehrergewerkschaft stehen die schwarzen Vertreter der Bundeslehrer dem Verländerungsansinnen der ÖVP skeptisch bis "schockiert" gegenüber. Für die AHS-Lehrer beurteilte Eva Scholik den Vorstoß zurückhaltend.

Unabdingbar wäre ein einheitliches Dienstrecht für alle Bundeslehrer, "auch wenn sie Landeslehrer werden", meint Scholik.

JÜRGEN RAINER, ÖVP:

Jürgen Rainer, Vorsitzender der Gewerkschaft der Lehrer an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen, zeigte sich "schockiert": "Wir lehnen das kategorisch ab." Er fordert ebenfalls ein einheitliches Dienstrecht für alle LehrerInnen. "Der Fall Deutschland zeigt ja, was sich dort abspielt. Jedes Bundesland bastelt an einem eigenen Gesetz."

"Hier wird keine inhaltliche Diskussion geführt, sondern das ist eine Machtdemonstration", kritisierte er. Den großen Wurf kann er nicht erkennen: Am Ende könnten bloß die Landesschulräte in Bildungsdirektionen umbenannt werden, "und dann ist das eine Diskussion um des Kaisers Bart." Insgesamt nach Rainers Befinden eine "Augenauswischerei".

AUF EINEN BLICK

ÖVP-Chef Vizekanzler Josef Pröll stellte sich demonstrativ auf die Seite der schwarzen Landeshauptleute von Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg: Die bisherigen Bundeslehrer an den AHS, berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sollten künftig von den Ländern angestellt werden, nicht mehr nur die Pflichtschullehrer.

Außerdem sollten die Direktoren von den Ländern selbst bestellt werden und die Schulverwaltung soll an die Länder gehen. Pröll drängt auf eine "Bildungsdirektion" pro Bundesland, in denen die Bezirksschulräte und Landesschulräte aufgehen sollen.

Der Bund solle künftig "nur" noch die Bil-

dungsziele und Schultypen – von der Gesamtschule bis zur differenzierten Schule – vorgeben.

Landeslehrer (Pflichtschullehrer) sind die rund 77.000 Pädagogen an den Volks-, Haupt-, und Sonderschulen sowie an den Polytechnischen und den Berufsschulen. Ihr Dienstgeber ist das Land, bezahlt werden sie allerdings großteils vom Bund.

Bundeslehrer sind die rund 21.000 Pädagogen an den AHS und ihre rund 22.000 Kollegen an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen wie HTL oder HAK. Ihr Dienstgeber ist der Bund, der sie auch bezahlt.



Aufruf zur Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

LIEBE LESERINNEN UND LESER!

Ich ersuche Sie, das "Volksbegehren Bildungsinitiative – Bildung ist Zukunft" zu unterstützen!

Die Initiatoren des Volksbegehrens (H. Androsch, H. Denk, H. Sünkel, W. Jungwirth, G. Wentner) hielten sich beim Antrag, ein Volksbegehren einzuleiten, an folgende Grundsätze:

- Die ausreichende öffentliche Finanzierung von Schule und Universitäten und eine Regierungspolitik, die sich nicht von Machtfragen und Standesdenken bremsen lässt.
- Ein erstklassiges, international wettbewerbsfähiges Schulsystem in ganz Österreich mit eindeutiger Bundeskompetenz in Gesetzgebung und Vollziehung. Österreich ist zu klein für neun verschiedene Schulsysteme. Es darf zu keiner Verländerung, auch nicht der Lehrerinnen und Lehrer, kommen. Der parteipolitische Einfluss muss aus dem Schulbereich verbannt werden.
- Eine leistungsorientierte, chancengerechte Schule mit Förderung für jeden Einzelnen, mit bundesweiter Qualitätssicherung, hochwertigen Ganztagesangeboten, klarer Verantwortung am Schulstandort und guten Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Die Bildungsentscheidung soll erst im Alter von 14 Jahren getroffen werden.
- Erstklassige Hochschulen und Universitäten mit guten Studienbedingungen und mehr Studienplätzen. Die Zahl der Absolventen soll deutlich steigen.

Diese Grundsätze könnten sicher noch ergänzt werden, etwa die Bedeutung der Bildungseinrichtung Kindergarten oder die, einer einheitlichen universitären Ausbildung usw.

Es gibt auch die Möglichkeit, Forderungen an ein österreichisches Bildungssystem zu formulieren und bereits erhobene Forderungen zu gewichten (über www.unserebildung.at).

Das Bildungsvolksbegehren kommt jetzt gerade zur rechten Zeit. Die von der ÖVP betriebene Ausweitung der Zuständigkeiten

Homepage des Volksbegehrens: www.vbbi.ats.

der Länder zu ungunsten des Bundes dient letztlich dem Ziel, eine grundlegende Schulreform durch die ÖVP-regierten Länder blockieren oder zumindest unterlaufen zu können.

Die Tatsache, dass bei der jüngsten Übereinkunft der vier Landeshauptleute mit dem Vizekanzler dem Vernehmen nach alle reformorientierten ÖVP-Kreise (einschließlich der Wirtschaftskammer und der Wissenschaftsministerin) übergangen wurden, spricht Bände.

Es ist schon traurig, dass eine staatstragende Partei die allgemein (bis auf wenige Funktionäre) als richtig erkannten Reformen aus machtpolitischen Erwägungen heraus verweigert und damit ein solches Volksbegehren notwendig macht. Daher sollte das Begehren erfolgreich sein.

(Homepage des Volksbegehrens: www.vbbi.at)



Kegler, Ulrike In Zukunft lernen wir anders.

Wenn die Schule schön wird. Beltz Verlag 2009 ISBN: 978-3-407-85878-8 Gebundene Ausgabe - 19,95 Euro

Vieles ist an dieser Schule anders als an gewöhnlichen Schulen:

- jahrgangsübergreifender Unterricht
- Verzicht auf Noten
- selbstorganisierte Gruppen- und Projektarbeit statt Frontalunterricht
- besondere Atmosphäre durch bewusste Raumgestaltung
- Einüben von solidarischem Umgang

Denn Frau Kegler hat, abgesehen von ihrer persönlichen Meinung und den Ratschlägen einiger Reformpädagogen, keine Theorie und kein gesellschaftliches Modell. Der Ansatz des Buches ist pragmatisch statt ideologisch. Das ist durchaus sympathisch, aber wenn man die "Schule der Zukunft" theoretisch begründen will, dann genügt es nicht, dass die Schule "schön" wird. Dann müsste man sich Gedanken zu langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen machen, und das leistet dieses Buch nicht.

Das Buch von Ulrike Kegler ist ein Buch aus der Praxis für die Praxis. Sie beschreibt den teilweise nicht leichten Werdegang von einer normalen Schule zu einer Montessori-Schule. Das Buch ist sehr anschaulich und leicht verständlich geschrieben. Es enthällt eine Fülle von Beispielen, wie man Schule anders gestalten kann.

Was der Titel des Buches verspricht, hält der Text: An beeindruckenden Beispielen aus dem Schulalltag beschreibt Kegler wie Lernen nicht erst in Zukunft, sondern schon im Hier und Jetzt zu einer Erfahrung der Beglückung und gemeinsamer Entwicklung werden kann.

Armin Roßbacher



Burn-Out an der Wurzel packen. Burn-Out Prävention im Betrieb Eine Broschüre des ÖGB

Noch ganz neu ist eine Broschüre des ÖGB zu einem Thema, mit dem sich die Medien in den letzten Jahren häufig auseinandersetzten. Auch die "Schulnotizen" beschäftigten sich immer wieder mit diesem Phänomen unserer heutigen Arbeitswelt.

In kurzen, prägnanten Abrissen wird dargestellt, was Burn-out eigentlich ist und welches die Ursachen dafür sein können. Besonders eindrücklich sind die 12 Stadien, die an Burn-out Erkrankte durchlaufen, vom Zwang sich zu beweisen bis zur völligen Erschöpfung, dem totalen geistigen, körperlichen und emotio-

nalen Zusammenbruch.

Risikofaktoren im Unternehmen kommen genauso zur Sprache wie persönliche Eigenheiten bzw. Verhaltensweisen, die bei Betroffenen immer wieder angetroffen werden. Ein Teil der ÖGB-Broschüre widmet sich der Rolle von Betriebsräten bzw. PersonalvertreterInnen in Bezug auf Burn-out-Prävention.

Gesetzliche Bestimmungen, Maßnahmen auf der betrieblichen Ebene sowie ein "Burn-out-Präventions-Check für Betriebe" verschaffen einen groben Überblick über Möglichkeiten für InteressensvertreterInnen.

Persönliche Strategien gegen das sogenannte Ausbrennen, das Bemerken von ersten Warnzeichen bzw. Tipps zur individuellen Burnout-Prävention sowie Literaturtipps runden das Heft ab.

Einige Exemplare liegen im ZA-Büro auf, auf der Homepage des ÖGB (www.oegb.at) findet sich die Broschüre zum Download bzw. auch die Bestelladresse.

Armin Roßbacher



Jetzt auch auf Facebook